

27. Januar 2013

ALLIANZ GEGEN AUSGEHVERBOT

Nach Protesten fordern Politiker, Ausgangssperren national zu verbieten

Von Janine Kopp

Kehrsatz be

Schweizweit formiert sich eine Front gegen Ausgangssperren für Jugendliche.

SP-Nationalrat Cédric Wermuth kündigt gegenüber der SonntagsZeitung an, kommenden Frühling einen parlamentarischen Vorstoss einzureichen. «Ich verlange vom Bundesrat, dass er die juristischen Rahmenbedingungen prüft, um eine Ausgangssperre auf nationaler Ebene zu verbieten», sagt Wermuth. Denn diese Verankerung im Polizeireglement einzelner Gemeinden sei eine absurde Einschränkung der Freiheiten von Jugendlichen.

Auch dem Schaffhauser SVP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, Hannes Germann, geht diese Entwicklung zu weit. Ein Ausgangsverbot sei nur dann zu diskutieren, wenn alle anderen Massnahmen nicht mehr greifen. Denn: «Die Stigmatisierung einer einzelnen Bevölkerungsgruppe ist unvereinbar mit den Grundsätzen unserer liberalen Gesellschaft», sagt Germann. Eine bessere Integration der jüngeren Generation sei dadurch nicht zu erreichen. Deshalb will der Gemeindeverband aktiv werden, falls weitere Gemeinden hinzukämen.

Gemeinsam protestieren gegen ein ruhiges Hinterland

Hintergrund der Debatte sind die Ereignisse in Kehrsatz. Ruhiger sollten sie werden, die Nächte im bernischen 4000-Seelen-Dorf «Chäsitz». Deshalb hatte die Gemeinde Anfang Januar eine Ausgangssperre ab 22 Uhr für unter 16-Jährige verhängt. Doch es kam anders. Vergangene Freitagnacht dröhnte auf dem Kehrsatzer Schulhausplatz Musik aus den Boxen. Gemeinsam mit der Juso protestierten die Jugendlichen mit lautstarken Parolen gegen ein «ruhiges Hinterland».

Kehrsatz ist nicht die einzige Gemeinde, die eine solche Regelung kennt. Im Gegenteil: Sie folgt einem Trend, der bereits in mehreren Ortschaften insbesondere im Berner Seeland gilt. Auch Interlaken, Visp, Gossau, Zurzach und Kerzers verfügen über ähnliche Ausgangsverbote. Der oberste Polizeichef Hans-Jürg Käser kann die Massnahmen der Gemeinden verstehen, wie er im Interview mit der SonntagsZeitung sagt.

Trotzdem sind Regelungen umstritten. Die Zürcher Gemeinde Dänikon musste bereits zurückkriechen. Das Zürcher Verwaltungsgericht hatte eine entsprechende Regelung für unzulässig befunden. Die Begründung: Eingriff in die

Versammlungsfreiheit. Und in den Kantonen St. Gallen, Schwyz, Appenzell Ausserrhoden und Zürich hat das Parlament ähnliche Vorstösse abgelehnt.

Doch was wollen die Jugendlichen wirklich? Die beiden Kehrsatzer Schüler Flurin und Akira (beide 15) finden es ungerecht, dass wegen einzelner Unruhestifter alle Jungen in der Gemeinde bestraft werden. «Man kann uns nicht auch noch diesen Platz wegnehmen, sonst gibt es hier nicht viel.» Dies bestätigen die vier Freundinnen Dejana, Julie, Carla und Milica (alle 14): «An den Wochenenden schläft unsere Gemeinde.» Die Schülerinnen sind deshalb nicht nur aus Protestgründen in der Freitagnacht auf den Schulhausplatz gepilgert, sondern auch, «weil endlich mal etwas läuft».

Die Jungen sind sich einig: Sie wollen in ihrer Freizeit etwas erleben und fordern ein autonomes Jugendzentrum. Unterstützung erhalten sie jetzt von Cédric Wermuth. «Die Schweiz ist in Sachen nicht kommerzielle Jugendräume ein Entwicklungsland.»

In Kehrsatz wird der Ball nun den Jugendlichen zugespielt. FDP-Gemeindepräsidentin Katharina Annen zeigt sich gesprächsbereit und sagt: «Die Jugendlichen können sich mittels Petition für ihr Anliegen einsetzen.»

Publiziert am 27.01.2013